

8. Gleichstellung in allen Lebensbereichen!

Die Bamberger Linke Liste fordert die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter ein. Wir kämpfen für eine Gesellschaft von freien und gleichen Menschen. Wir sehen eine Vielfalt an sozialen und biologischen Geschlechtern in der Gesellschaft, die über die traditionelle Einteilung in Mann und Frau hinausgeht. Deshalb betrifft Gleichstellungspolitik auch alle Geschlechtsidentitäten und wirkt in jeden Politikbereich hinein.

Wenn wir von Gleichstellung reden, meinen wir aber beispielsweise auch die Gleichstellung von Migrant*innen, Menschen mit Beeinträchtigung oder Menschen mit einer anderen religiösen Weltanschauung als die Mehrheit.

Wir sehen hier noch erheblichen Aufholbedarf. Dabei haben städtische wie private Akteure die Pflicht gleichermaßen darauf hinzuwirken. Das gilt am Arbeitsplatz, in den Behörden, im öffentlichen Raum oder auch im Bildungswesen.

Zur Verwirklichung des Ziels ist es zwingend erforderlich, die jeweiligen Menschen und Gruppen aktiv in den Prozess einzubeziehen, damit wir gemeinsam ein Konzept entwickeln, statt eines von oben herab zu diktieren. Umgekehrt gilt: Gelungene Bürger*innenbeteiligung bezieht immer Gleichstellungsaspekte mit ein.

Wir fördern bunte und unterschiedlichste Familienkonzepte. Das heißt, dass wir sowohl Alleinerziehende, Patchworkfamilien aber auch traditionelle Familienformen unterstützen. Wichtig ist dabei, dass die männliche Bevölkerung ihre Möglichkeiten auf Elternzeit aktiv wahrnimmt und ihre Partner*innen bei der Rückkehr in die Arbeit unterstützt.

Das bedeutet auch: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Gewerkschaften sind nicht nur wichtige Stützen der Tarifpartnerschaft, sondern können sich darüber hinaus durch Bildungsangebote in den Betrieben für eine höhere Anerkennung des Themas einsetzen. Zudem spielen Betriebsräte eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Gleichstellung. Die Gleichstellungsstelle der Stadt Bamberg hat hierbei unterstützende Funktion.

Die Stadt hat in all diesen Punkten Vorbildfunktion, da sie in zahlreiche Lebensbereiche hineinwirkt. Sie muss den Bamberger*innen aufzeigen, was Gleichstellung bedeutet. Die Gleichstellungsstelle ist hier besonders in die Pflicht zu nehmen.

Die festgelegte Zahl an Rückzugsräumen für Frauen nach Maßgabe der Istanbul-Konvention reicht in Bamberg nicht aus. Die Stadt ruht sich hier viel zu sehr auf der Hilfe der Wohlfahrtsorganisationen aus. In Deutschland werden jährlich tausende von schutzbedürftigen Frauen von Schutzhäusern aufgrund von Überbelegung abgewiesen. Das ist schrecklich und nicht hinnehmbar!

Auch sollten die kommunalpolitischen Parteien und Politiker*innen ihrer Verantwortung gerecht werden. Politik wird erst dann eine runde Sache, wenn es keine Barrieren für Mitgliedschaften und politisches Engagement gibt. Alle Stimmen sollen unabhängig von sozialem Hintergrund, Herkunft oder Geschlecht gehört werden.

Unsere Forderungen für eine verbesserte Gleichstellungspolitik in Bamberg:

- Die Gleichstellungsstelle ist aufzuwerten und allen Menschen niederschwellig zugänglich zu machen. Es braucht mehr Geld für Öffentlichkeitsarbeit und neue Veranstaltungsformate, da unsere Umfragen ergeben haben, dass diese kaum wahrgenommen werden.
- Eine verstärkte Zusammenarbeit der Gleichstellungsstelle mit feministischen und intersektionalen Organisationen und Vertreter*Innen der Bamberger Zivilgesellschaft, um gemeinsam Gleichstellungskonzepte und Öffentlichkeitsarbeit zu stärken
- Vermehrte Schulungen von städtischen Mitarbeiter*Innen in Bezug auf Gleichstellungsaspekte im Umgang mit Bürger*Innen.
- Gesprächsangebote und Diskussionsangebote der Gleichstellungsstelle zu „Kritischer Männlichkeit“. Darunter zu verstehen ist die Betrachtung der Zwänge und gesellschaftlichen Konventionen denen auch oder insbesondere Männern unterworfen sind.

- Strukturelle Unterstützung seitens der Stadt für Gewerkschaften, um Veranstaltungen zu Gleichstellungsthemen in Betrieben zu ermöglichen
- Mehr Frauenhäuser! Wir fordern mindestens 10 weitere Plätze in Schutzhäusern, sprich eine Verdoppelung.
- Die Schulen sollten an ihre Bedeutung zur Förderung von Gleichstellung erinnert werden und sollten gemeinsam mit der Stadt Bildungsangebote entwickeln.
- Bereitstellung kostenloser Hygieneartikel auf öffentlichen Toiletten
- Förderung der geschlechtssensiblen Arbeit in der Jugendhilfe
- Mehr Kinderwagengerechte Treppen und Toiletten.
- Auf allen öffentlichen Toiletten, insbesondere Männertoiletten Wickeltische.
- Erhöhtes städtisches und bezahlbares Betreuungsangebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier wollen wir besonders den Bedürfnissen von Schichtarbeitenden Rechnung tragen. Dafür sind ebenso mehr Kita-Mitarbeiter*innen und deren bessere Bezahlung nötig.
- Um den Anforderungen der Anerkennung des dritten Geschlechts Rechnung zu tragen, befürworten wir die Einrichtung einer dritten Toilette in städtischen Gebäuden.
- Um das Sicherheitsgefühl von Frauen zu erhöhen, wollen wir ein Frauen*nachttaxi, damit Frauen gut und direkt nachts nach Hause kommen.
- Weiter muss den Einwohner*innen durch Veranstaltungen die Notwendigkeit und das Verständnis dafür nähergebracht werden, dass Gleichstellung nicht nur Mann und Frau betrifft und es eine Aufgabe an uns alle ist, allen Menschen die gleichen Chancen und Rechte zuteilwerden zu lassen.

- Speziell FLINT*Personen mangelt es an sichtbaren Förder- bzw. Unterstützungsprogrammen. In diesem Bereich wollen wir mehr Werbung für Bestehendes und mehr städtische Betreuungsangebote für Eltern (FLINT: Frauen, Lesben, inter, non-binäre & Trans-Personen)
- Alle städtischen Schriftstücke müssen gegendert werden!
- Bessere Einbeziehung von Menschen verschiedenen Geschlechts und Hintergrunds in kommunale Angelegenheiten.
- Schaffung von Awareness-Team-Strukturen bei städtischen Großereignissen. Hierbei kann auf Erfahrungswerte von Kulturschaffenden (z.B. Kontakt-Team) zurückgegriffen werden.
- Wir setzen uns für eine paritätische Besetzung von öffentlich-städtischen Ämtern ein.
- In allen Fragen der Gleichstellung sollen vermehrt Frauenverbände und queere Gruppen miteinbezogen werden.
- Mehrgenerationenhäuser sind zu fördern. Die Pflege älterer Menschen ist nicht Aufgabe von Frauen, sondern der gesamten Gesellschaft. Mehrgenerationenhäuser vermitteln den Wert von Gemeinschaft und Unterstützung. Außerdem brechen dort gemachte Erfahrungen veraltete Strukturen und Rollenbilder auf. Ein besseres Verhältnis und Kontakt zwischen jungen und alten Menschen ist unserer Meinung nach wünschenswert.
- Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren sind Orte, die zur Vernetzung und Sichtbarkeit von Frauen und ihren Problemen beitragen. Eine Förderung solcher Projekte mit entsprechendem Personal und Angebot wäre ein weiterer Schritt in Richtung Gleichstellung nicht nur von Frauen.

- Gleichstellung auch intersektional begreifen: Menschen, die aufgrund verschiedener persönlicher Eigenschaften besonders von Diskriminierung und Marginalisierung bedroht sind, müssen gesonderte Integrations- und Beratungsangebote erhalten (Verweis Asylpolitik). Besonders im Blick sind hier unter anderem Frauen mit Migrationshintergrund, denen Sprachkurse verwehrt werden und damit der Eintritt ins Arbeitsleben erschwert wird.
- Unabhängige Beratungsstellen für Frauen ausbauen. Hierbei müssen auch Themen, wie finanzielle Unabhängigkeit, abdeckt werden.